Auf der Suche nach Berührungspunkte, Westf. Rundschau Bochum, 29.6.68

Auf der Suche nach Berührungspunkten

Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen SPD und APO / Diskussion in Ruhr-Uni

Von Fritz Michael

Bochum. Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen der SPD und der Außerparlamentarischen Opposition (APO) diskutierten n der Ruhr-Universität in einer Veranstaltung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) dessen Bundesvorsitzender Erdmann Linde, der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Johannes Rau, der Dortmunder Vorsitzende der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Dr. Arno Klönne, sowie als Forumsleiter der Universitätsassistent Richter.

Die APO ist ein vielschichtiges Gebilde; ihre Gruppen haben einige gemeinsame Vorstellungen: die Stellung zum Vietnamkrieg, die Einstellung zu den Militärblöcken, die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie, die Ablehnung der Notstandsgesetze und die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft.

Die von Klönne vorgetragenen Thesen beantwortet Rau mit dem Hinweis, daß es punktuell die Möglichkeit von Zusammenarbeit gebe, daß in anderen Punkten grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD und APO bestünden.

In der APO wird die Frage gestellt, ob die SPD durch den Eintritt in die große Koalition die CDU in die Lage versetzt hat, deren restaurative Ideen im Endeffekt besser durchsetzen zu können. Dazu Linde: Die APO kann nicht einfach die SPD als CDU-Filiale ansehen. Der Sozialdemokratische Hochschulbund versteht sich als Transmissionsriemen zwischen der innerparteilichen und der außerparlamentarischen Opposition.

Die Diskussion zerfließt. Sie entwickelt sich auf eine grundsätzliche Frage hin, eine interessante Frage, die heute zahlreiche Diskussionen bestimmt: Sind die Parteien in Ost und West noch Organisationsformen im demokratischen Staat? Steht ihre Bürokratie, gleicherweise die Bürokratie in Staat und Wirtschaft, nicht der Entfaltung einer unmittelbaren Demokratie entgegen? Die Frage nach der Urdemokratie ist gestellt. Rau lehnt die These ab. Er weist auf die industrielle Massengesellschaft hin, in der das Prinzip der Arbeitsteilung herrscht. Darin ist die ständige unmittelbare Mitwirkung aller an der Demokratie nicht denkbar. Es gibt dafür das Delegationsprinzip und die Rechenschaftslegung (Richter).

Nach langer Debatte, an der auch die studentischen Zuhörer teilnahmen, gibt Rau den Hinweis: „Ich glaube, daß die SPD die einzige Möglichkeit bietet, eine funktionsgerechte Demokratie zu entwickeln!" Es gibt keinen Widerspruch.